

Vassily Klimentov

Wachsende Bedrohung? Die Taliban und der Islamismus in Zentralasien

Seit dem Ende der Sowjetunion wird immer wieder eine islamistische Gefahr in Zentralasien beschworen. Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan hat dieser Sorge neue Nahrung gegeben. Doch dieses Bedrohungsszenario dient vor allem den autokratischen zentralasiatischen Herrschern zur Machtlegitimation.

Im Juli 2021 eroberten die Taliban halb Afghanistan, Mitte August besetzten sie Kabul und zwangen den proamerikanischen afghanischen Präsidenten Ashraf Ghani zur Flucht. Die Machtübernahme geschah, noch bevor die USA ihren Rückzug abgeschlossen hatten.

Vassily Klimentov, Dr., SNSF-Postdoktorand am Robert Schuman Centre for Advanced Studies am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

Trotz des Schocks über den schnellen Zusammenbruch hatten nur wenig westliche, russische oder andere Beobachter und Entscheidungsträger am

letztendlichen Sieg der Taliban gezweifelt. Ghanis Regime litt an endemischer Korruption, Abhängigkeit von westlicher militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung, schwacher politischer Legitimität und war insgesamt unfähig, die Sicherheit der Afghan:innen zu garantieren und ihre Lebensumstände zu verbessern. Vielen kriegsmüden Afghanen erschienen die Taliban weder besser noch schlechter als die proamerikanischen Behörden. Als die Taliban auf die Hauptstadt marschierten, stellten sich ihnen sogar kaum regierungstreue Militärs, Milizen und lokale Behörden in den Weg.

Der Sieg der Taliban hat die geopolitische Lage in Zentral- und Südasien tiefgreifend verändert, was die regionalen Mächte allerdings nicht unvorbereitet traf. In den 1990er Jahren hatten Russland, Iran, Indien und die fünf zentralasiatischen Staaten (Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan) noch die Nordallianz – eine Koalition von bewaffneten tadschikischen, usbekischen und Hazara (afghanische Schiiten)-Gruppen, angeführt von Ahmad Schah Masoud – gegen die Taliban unterstützt. Die Taliban hatten ihrerseits Al-Qaida Unterschlupf gewährt und mit dem Export von militantem Islamismus in die Nachbarländer gedroht und als eines von nur zwei Ländern die Unabhängigkeit Tschetscheniens anerkannt. Deshalb hatte Moskau den Taliban schon vor 9/11 mit Luftschlägen gedroht. Als die USA 2001 in Afghanistan intervenierten, unterstützten Russland und die zentralasiatischen Staaten dies fast uneingeschränkt. Diese Unterstützung flaute jedoch bis 2010 ab, da Russland und seine Verbündeten die US-Außenpolitik, Regimewechsel im Nahen Osten und post-sowjetischen Raum zu fördern, ablehnten und an Washingtons Fähigkeit, Afghanistan zu stabilisieren, zweifelten.

Als die USA nach 2010 mit den Taliban zu verhandeln begannen, nahmen auch Russland, die zentralasiatischen Staaten und andere Regionalmächte Kontakt zu ihnen auf. Wenn die paschtunisch dominierten Taliban eine Einbeziehung der

ethnischen Minderheiten garantierten und keine Islamisten im postsowjetischen Raum unterstützen, schien ein beiderseitig vorteilhaftes Verhältnis möglich. China folgte einer ähnlichen Logik: Sollten die Taliban zusichern, sich nicht in Xinjiang einzumischen, würde China mit ihnen verhandeln. Russland und China behielten daher ihre Botschaften in Kabul auch nach der Taliban-Übernahme offen.

Trotz der scheinbaren Bereitschaft der Taliban, die nötigen Garantien abzugeben, gilt es zwei zentrale Einschränkungen zu beachten: Erstens haben die Taliban die Macht nicht aufgrund eines politischen Abkommens, sondern nach ihrem militärischen Sieg übernommen. So können die Regionalmächte kaum Druck auf die Taliban für eine inklusivere und weniger radikale Regierung ausüben. Zweitens ist es angesichts der chaotischen Situation in Afghanistan unklar, ob die Taliban Stabilität gewährleisten und die Schlagkraft rivalisierender Gruppen wie des *Islamischen Staats – Provinz Khorasan* (IS-K), des IS-Zweigs in Afghanistan, einschränken können. Diese Faktoren könnten eine Ausbreitung des militanten Islamismus von Afghanistan nach Zentralasien begünstigen.

Militanter Islamismus in Zentralasien

Zentralasien ist seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion von politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsproblemen betroffen. Geführt von autoritären Herrschern, leiden die Staaten an endemischer Korruption, Vetternwirtschaft, unterentwickelten Wirtschaften, politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit von Russland und China, regionalen und Clanrivalitäten unter den Eliten sowie transnationalen Spannungen wegen der Kontrolle über Wasserressourcen und Grenzverläufen. Während sich Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan dank ihrer Bodenschätze, vor allem Öl und Gas, generell besser geschlagen haben als Kirgistan und Tadschikistan, sind alle zentralasiatischen Regime zutiefst instabil. Auch wenn es nur in Tadschikistan einen ausgewachsenen Bürgerkrieg (1992–1997) gab, haben alle Länder seit ihrer Unabhängigkeit Episoden politischer Gewalt erlebt. Die jüngsten Proteste in Kasachstan zeigen exemplarisch, dass sogar im scheinbar stabilsten Land der Region ein Konflikt ausbrechen kann.

Während der Islam zur Sowjetzeit auf den privaten Raum beschränkt war, erlebte die Region in den 1990er Jahren eine Re-Islamisierung. Die Anzahl an Moscheen vervielfachte sich, und viele Zentralasiat:innen begannen, regelmäßig und öffentlich an Glaubensritualen und -praktiken teilzunehmen. Der Islam nahm einen prominenten sozialen Platz ein, aber entgegen den

Voraussagen westlicher Experten wurde er selten politisiert. Anstatt einer islamistischen Übernahme der Region kleideten sich die ehemals kommunistischen Entscheidungsträger in Nationalismus und Islam und gestalteten eine sanfte Transition. Durch die Förderung eines sog. „traditionellen Islam“ wollten diese alt-neuen Anführer eine Religion schaffen, die vermeintlich lokalen Traditionen entsprach, unterschiedliche islamische

Während der Islam zur Sowjetzeit auf den privaten Raum beschränkt war, erlebte die Region in den 1990er Jahren eine Re-Islamisierung.

Praktiken, darunter den Sufismus, tolerierte und vor allem gegenüber den säkularen Behörden loyal sein würde. Sie machten deutlich, dass nicht einmal nicht-militante salafistische Bewegungen toleriert würden, die eine islamische Erneuerung oder gar

ein theokratisches Regime propagierten. Bis heute sehen die lokalen Machthaber den Islamismus als Bedrohung an, da sie fürchten, dass er ein Kristallisationspunkt für Unzufriedenheit mit der autoritären Herrschaft sein könnte.¹

In den 1990er Jahren kam es zu Zusammenstößen zwischen militanten Islamisten und säkularen Behörden. So nahm in Tadschikistan die *Partei der Islamischen Wiedergeburt* am Bürgerkrieg 1992–1997 teil, sie unterstützte eine der regionalen Koalitionen im Machtkampf. Im Friedensabkommen sicherte sie sich einen legalen Status und wurde die einzige offizielle islamistische Partei in Zentralasien. Als die tadschikischen Behörden 2015 gegen Islamisten vorgingen, wurde die Partei als angebliche terroristische Organisation verboten.

In Usbekistan keimten militante islamistische Bewegungen in der Stadt Namangan im Ferghanatal unter dem wachsenden Einfluss von saudischen Predigern und lokalen Salafisten auf. Weil sie die Zentralbehörden herausforderten, wurden Namangans Islamisten 1992 zerschlagen. Ihre Anführer, Jumaboi Khojayev (Juma Namangani) und Tohir Yuldashev, zogen nach Tadschikistan und dann nach Afghanistan und Pakistan, wo sie sich Osama bin Laden anschlossen. Nach dem Ende des tadschikischen Bürgerkriegs gründeten Namangani und Yuldashev 1998 die *Islamische Bewegung Usbekistan* (IBU). Nach terroristischen Aktivitäten in Usbekistan und Kirgistan wurde die IBU 2000–2001 endgültig nach Afghanistan verdrängt. In Afghanistan kämpfte sie an der Seite der Taliban gegen die USA und verbündete sich oft mit deren radikaleren Flügeln wie dem Haqqani-Netzwerk. Die IBU erlitt in den Anfangsjahren schwere Verluste, konnte aber ihre Kräfte wiederherstellen und Einfluss in den nördlichen usbekischen Gebieten Afghanistans gewinnen. Nachdem sich die IBU 2014 mit dem IS verbündet hatte, erlitt sie in Gefechten mit den Taliban erneut beträchtliche Verluste und spaltete sich in Pro-IS- und Pro-Taliban-Fraktionen auf. Ihre gegenwärtige Stärke lässt sich nur schwer abzuschätzen, aber die IBU ist geschwächt und verfügt in Zentralasien vermutlich nur über begrenzten Einfluss und Rückhalt. Dennoch könnten IBU-Kämpfer dort theoretisch Angriffe ausführen oder Unterstützer finden.

Die transnationale Bewegung *Hizb ut-Tahrir* („Partei der Befreiung“, HT) genießt in der Region ebenfalls Unterstützung,

insbesondere im Ferghanatal und in Usbekistan. Während sie ähnliche politische Ziele wie die militanten Islamisten haben, beschreibt sich die HT selbst als „nicht gewalttätig“. Ihre Unterstützer beteiligten sich dennoch gelegentlich an gewaltsamen Aktionen. Über ganz Zentralasien gesehen ist die Unterstützung für die HT schwierig abzuschätzen, wird aber meist als beträchtlich – Tausende Anhänger – eingestuft.² Von den lokalen Behörden wird die Gruppierung bei Protesten und Gewalt oft mit wenig Beweisen beschuldigt. 2005 nahmen die usbekischen Behörden die Tötung Hunderter Protestierender in Andijon in Kauf, die sie beschuldigten, von der IBU unterstützte HT-Mitglieder zu sein.

Als Beweis für die Macht des militanten Islam in Zentralasien lässt sich die hohe Zahl an Personen anführen, die sich dem IS und Al-Qaida in Syrien oder dem Irak angeschlossen haben. Eine Schätzung geht von über 500 Kämpfern aus Kasachstan, über 500 aus Kirgistan, über 1 500 aus Usbekistan, 1 300 aus Tadschikistan und über 400 aus Turkmenistan aus, die bis Ende 2016 dorthin gereist sind. Die Gesamtzahl ist mit der Zahl der Kämpfer aus der gesamten EU vergleichbar.³ Laut lückenhaften Zahlen sind auch Hunderte zentralasiatische Frauen und Kinder in den Nahen Osten gezogen. Die vom IS versprochene egalitäre, blühende und unverdorrene religiöse Utopie erwies sich also für viele Zentralasiat:innen als attraktiv. Zwar mögen die Hunderte von Rückkehrern mit afghanischen Islamisten, einschließlich dem IS-K, sympathisieren,⁴ aber die meisten zentralasiatischen Islamisten wurden im Nahen Osten getötet. Dies hat das Kampfpotential des Islamismus in der Region gravierend geschwächt. Für Russland gilt das gleiche: Über 3 400 Russen zogen nach Syrien und in den Irak in den Kampf, aber dieser Exodus schwächte den militanten Islamismus in Russland.

Taliban und IS in Afghanistan

Seit dem Abzug der internationalen Truppen im August 2021 hat sich die humanitäre Situation in Afghanistan erheblich verschlechtert. Die UN hat für 2022 den rekordhohen Betrag von 5 Mia. US-Dollar als humanitäre Hilfe erbeten. Die Taliban-Herrschaft ist bisher von Regierungsumbildungen, mangelnder politischer Einbindung von Minderheiten, Rückschritten bei Frauenrechten und Angriffen auf frühere Sicherheitskräfte und ethnische Minderheiten gekennzeichnet. So ist völlig unklar, ob die Taliban fähig sind, das Land zu verwalten, seine Grenzen zu kontrollieren, Dienstleistungen für die Bevölkerung zu erbringen, die Wirtschaft wiederherzustellen und eine landesweite Hungersnot zu verhindern. Ebenfalls unklar ist die Haltung der Taliban zu humanitärer Hilfe seitens westlicher Organisationen.

Beim Versuch, Afghanistan zu stabilisieren, werden die Taliban allerdings breite internationale Unterstützung brauchen. Im Austausch dafür und für eine diplomatische Anerkennung werden sie sich vermutlich verpflichten müssen, Minderheiten- und Frauenrechte zu respektieren, die Opiatproduktion einzudämmen

1) Omelicheva, Mariya Y.: Die Instrumentalisierung des Islam in Zentralasien. In: RGOW 45, 2 (2017), S.6–8.

2) Olimova, Saodat; Tolipov, Farkhod: Islamic Revival in Central Asia. The Case of Uzbekistan and Tajikistan. In: documentos CIDOB Asia 26, March 2011.

3) Barrett, Richard: Beyond the Caliphate. Foreign Fighters and the Threat of Returnees. The Soufan Center, October 2017.

4) Bulan Institute of Peace Innovations: The Repatriation, Rehabilitation and Reintegration of Women and Children from Syria and Iraq. The Experiences of Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan and Uzbekistan. Geneva, June 2021.

und andere militante Islamistengruppen in Schach zu halten, die Angriffe im Ausland planen. Die Zersplitterung der Taliban und der Aufstieg des IS-K erschweren die Bewältigung dieser Herausforderungen. Sollten die Taliban eine solche Abmachung nicht einhalten können, müssen sie mit Widerstand seitens der USA und der Regionalmächte rechnen, die dann selbst gegen Sicherheitsrisiken vorgehen würden. Eine diplomatische Isolation Afghanistans und/oder eine Einmischung, z. B. Drohnenschläge gegen den IS-K, werden jedoch die Herrschaft der Taliban weiter untergraben und die humanitäre Situation verschlimmern.

Zwischen 2014 und 2018 ist der IS-K enorm erstarkt. Die Gruppe beging Hunderte (Selbstmord-)Angriffe gegen Zivilisten, die Taliban und proamerikanische Kräfte. Die Anschläge zielten insbesondere auf schiitische Muslime, um Konfessionskonflikte zu schüren.⁵ So ist der IS-K als radikal militante islamistische Alternative zu den Taliban aufgestiegen. Er propagiert eine transnationale Vorstellung von Khorasan und will in andere muslimische Regionen expandieren; dabei stützt er sich auf die Rekrutierung pakistanischer und internationaler Kämpfer und fordert so den afghanozentrischen Charakter der Taliban und ihre afghanisch-paschtunische Mitgliedschaft heraus. Zudem verurteilte der IS-K die Taliban für ihre Verhandlungen mit den USA. Zwischen 2018 und 2020 erlitt er jedoch schwere Verluste und verlor seine Hochburgen in Afghanistan. Seit der Machtübernahme der Taliban wurde der IS-K weiter geschwächt, aber nicht vernichtet. Im Sommer und Herbst 2021 hat die Gruppierung wichtige Ziele in Kabul getroffen und könnte dank Kämpfern aus Pakistan wieder gestärkt werden. Zwar könnte der IS-K interessiert sein, Ziele in Zentralasien und Russland anzugreifen, aber es gibt momentan keine Hinweise, dass er dies als Priorität sieht oder dort mit oder ohne Unterstützung der IBU zuschlagen kann. Da er jetzt unter starkem Druck der Taliban steht, wird er vermutlich kaum Ressourcen für Angriffe im Ausland abzweigen können.

Seit August 2021 sind tausende Menschen aus Afghanistan nach Zentralasien geflohen, zumeist nach Tadschikistan.⁶ Tadschikistan war auch als einziges Land zunächst offen dafür, die afghanische Opposition zu unterstützen. Emomali Rachmon, der in Duschanbe seit dem Bürgerkrieg an der Macht ist, wollte so die pan-tadschikische Solidarität nutzen, um von der breiten Unzufriedenheit mit seinem Regime abzulenken, während er eine Unterstützung der Opposition nicht wirklich in Betracht zog. Trotz der pan-tadschikischen Rhetorik hat das Land mittlerweile viele Flüchtlinge wieder abgeschoben. Andere zentralasiatische Staaten und Russland scheinen bereit, sich mit den Taliban abzufinden, und noch weniger gewillt, Flüchtlinge aufzunehmen. Usbekistan und Turkmenistan öffneten im Herbst 2021 wieder ihre Grenzen für den Handel mit Afghanistan. Dies könnte sich jedoch ändern, wenn die Taliban Islamisten in Zentralasien unterstützen oder unfähig sind, die Sicherheits- und humanitäre Lage in Afghanistan zu stabilisieren. In einem solchen Szenario würde auch die Gefahr wachsen, dass islamistische Kämpfer nach Zentralasien eindringen. Von solchen Sorgen zeugt auch, dass Russland und Tadschikistan



Im August 2021 marschierten die Taliban in Kabul ein.

Foto: Voice of America News

ihre bestehende Militärkooperation an der tadschikisch-afghanischen Grenze im Dezember 2021 verstärkt haben.

Schließlich bleibt für alle postsowjetischen Länder das Problem des afghanischen Opiathandels über die sog. nördliche Route eine Herausforderung, die durch das Ferghanatal nach Russland führt. Es ist noch nicht abzusehen, wie sich Drogen- und andere kriminelle Netzwerke nach der Taliban-Machtübernahme organisieren, aber dies könnte ebenfalls die Instabilität in der Region erhöhen und zu einem Eindringen von Kämpfern führen.

Eine überschätzte Bedrohung

Seit dem sowjetisch-afghanischen Krieg spekulieren Beobachter über eine islamistische Bedrohung aus Afghanistan für Zentralasien. Abgesehen von wenigen antikommunistischen grenzüberschreitenden Mudschaheddin-Angriffen in den späten 1980er Jahren und einer halbherzigen Unterstützung für die tadschikischen Islamisten während des Bürgerkriegs hat sich dies allerdings nicht bewahrheitet. Heute gibt es ähnliche Debatten über militante Islamisten, die Zentralasien ins Visier nehmen und dort Unterstützung unter den lokalen Salafisten finden. Doch wie zuvor scheint diese Bedrohung überschätzt und vor allem von den lokalen autoritären Herrschern als Vorwand benutzt zu werden, um abweichende Meinungen zu unterdrücken.

Da die Taliban, eine paschtunische Bewegung, nie nach Zentralasien expandieren wollten, geht die Bedrohung vorwiegend vom IS-K und der IBU aus. Beide Gruppen haben jedoch auf dem Höhepunkt ihrer Stärke 2017–2018 in Zentralasien keine Angriffe ausgeführt. Aktuell sind sie geschwächt und in einem Überlebenskampf gegen die Taliban verwickelt, die dabei ironischerweise von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden und weitgehend die afghanischen Grenzen kontrollieren. Es wird dauern, bis der IS-K oder die IBU Ressourcen zum postsowjetischen Raum umleiten können. Für den IS-K wäre es sogar kontraproduktiv, sich auf Zentralasien zu fokussieren. Die Region ist unter dem russischen Sicherheitsschirm und ihr strategischer Wert ist im Vergleich zu einer Expansion nach Süd- und Südostasien begrenzt. Zwar gibt es eine Bedrohung durch afghanische militante Islamisten in Zentralasien, doch die wahren Gefahren für die Stabilität der Region liegen in ihren inneren Problemen, wie die jüngsten Unruhen in Kasachstan zeigen.

5) <https://www.csis.org/blogs/examining-extremism/examining-extremism-islamic-state-khorasan-province-iskp>.

6) Umarov, Temur: Why Tajikistan is Taking a Stand against the Taliban. Carnegie Moscow Center, 26. 10. 2021.